

## **Landesversammlung Mecklenburg-Vorpommern 12.06.24 in Güstrow**

Antragsteller: Landesvorstand

Headline: **Resolution**

Auswirkungen auf den Haushalt (unmittelbar erkennbar): keine

---

Der derzeitige Umgang des Bundesgesundheitsministeriums mit den Ärzten und Zahnärzten ist indiskutabel und unangemessen.

Die Landesversammlung des FVDZ Mecklenburg-Vorpommern fordert den Bundesgesundheitsminister auf, endlich dem ambulanten Gesundheitssystem mit seinen freiberuflich tätigen Zahnärzten und Ärzten die ihm gebührende Unterstützung zukommen zu lassen. Sie bilden das Rückgrat der medizinischen Versorgung in Deutschland. Insbesondere sind Budgets und Regresse abzuschaffen und Bürokratielasten deutlich zu senken. Die Honorierung der einzelnen medizinischen Leistung muss sich an den betriebswirtschaftlichen Daten orientieren.

### **Begründung:**

Die Leistungsfähigkeit des Gesundheitssystems in Deutschland beruht auf der „doppelten Dualität“ aus GKV und PKV sowie der unterschiedlich organisierten stationären und ambulanten Versorgung aus Kliniken und freiberuflich selbstständig Niedergelassenen. Die freien Zahn-Arztpraxen tragen die Hauptlast der (zahn)medizinischen Versorgung. Die Leistungsbereitschaft wird durch Verlagerung des Morbiditätsrisikos auf die Leistungserbringer nicht gefördert. Für begrenzte Mittel kann es nur begrenzte Leistungen geben. Mit rückwärtsgewandten Maßnahmen wird die hohe Qualität der Versorgung der Bevölkerung gefährdet.

### **Ergebnis:**